

Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?

Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort

Herausgegeben von
Andreas Braune und Michael Dreyer

WEIMARER SCHRIFTEN
ZUR REPUBLIK

Franz Steiner Verlag

6



Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?

Herausgegeben von
Andreas Braune und Michael Dreyer

WEIMARER SCHRIFTEN ZUR REPUBLIK

Herausgegeben von Michael Dreyer und Andreas Braune

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Ursula Büttner

Prof. Dr. Alexander Gallus

Prof. Dr. Kathrin Groh

Prof. Dr. Christoph Gusy

Prof. Dr. Marcus Llanque

Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Band 6

Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?

Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort

Herausgegeben von
Andreas Braune und Michael Dreyer



Franz Steiner Verlag

Gedruckt aus Mitteln des Strategie- und Innovationsbudgets des Thüringer
Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Umschlagabbildung:

Heinrich Richter-Berlin: „3 Worte: Ungestörte Demobilmachung. Aufbau der Republik.
Frieden“, Farblithographie, Berlin 1918

© Deutsches Historisches Museum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Druck: Hubert & Co., Göttingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany

ISBN 978-3-515-12219-1 (Print)

ISBN 978-3-515-12230-6 (E-Book)

INHALT

Vorwort.....	VII
--------------	-----

Andreas Braune / Michael Dreyer

Einleitung: Die wiederentdeckte Revolution	IX
--	----

VOM KAISERREICH ZUR NOVEMBERREVOLUTION

Lothar Machtan

Geburtshelfer der Demokratie?

Prinz Max von Baden – der letzte Kanzler des Kaisers.....	3
---	---

Detlef Lehnert

Eine politische Revolution der Städtevielfalt.

Die deutsche Republikgründungszeit 1918/19 auf kommunaler Ebene.....	15
--	----

Gleb J. Albert

Revolutionäre Wechselwirkungen: Deutschland und Russland 1917–1919	33
--	----

AKTEURE UND STRUKTUREN IN DER REVOLUTION

Walter Mühlhausen

Zwischen Erwartungen und Zwangslagen.

Sozialdemokratie und radikale Linke in der Revolution	49
---	----

Jens Hacke

Das Wagnis der Demokratie.

Der Liberalismus zwischen Erneuerung und Existenzkrise	69
--	----

Kirsten Heinsohn

Zusammenbruch und Kontinuitäten.

Konservative Reaktionen auf die Revolution 1918/19	85
--	----

Peter Keller

Der Kaiser ging, die Generäle blieben?

Drei Überlegungen zu politischen Agenden und institutionellen

Zielsetzungen der deutschen militärischen Führung zwischen

Novemberrevolution und Kapp-Lüttwitz-Putsch.....	101
--	-----

Ingrid Sharp

Frauen in der deutschen Revolution von 1918/19	117
--	-----

KULTURELLE DEUTUNGEN UND DER ALLTAG DER REVOLUTION

Wolfram Pyta

Revolution als ästhetische Mobilisierung.

Kulturhistorische Betrachtungen zur Novemberrevolution 133

Nadine Rossol

„Die Abdankung unseres Kaisers hat mich nicht besonders getroffen...“

Emotionen, Erwartungen und Teilhabe an der deutschen Revolution 1918/19 .. 161

Mark Jones

Die Toten der Revolution beerdigen.

Politische Trauerfeiern im November und Dezember 1918 177

Heidrun Kämper

Die Sprache der Revolution 1918/19 197

DIE REVOLUTION IM DEUTSCHEN RECHT

Manfred Baldus

Die Novemberrevolution und ihre Fragen an das Recht 221

Daniel Siemens

Revolutionäre Justiz? Volkssouveränität und Recht bei Erich Kuttner

und Walther Lamp'1 in der frühen Weimarer Republik 233

VOM EREIGNIS ZUM ERINNERUNGORT

Helmuth Kiesel

Die literarische Verarbeitung der Novemberrevolution

in der Weimarer Republik 249

Karl Heinrich Pohl

Eine „schädliche Revolution“?

Überlegungen zu den Ereignissen im Winter 1918/19 271

Wolfgang Niess

Die ungeliebte Revolution. Die verdrängte und politisierte

Erinnerung an 1918/19 im geteilten Deutschland 289

Martin Sabrow

Verhasst – verehrt – vergessen.

Die Novemberrevolution in der deutschen Gedächtnisgeschichte 309

Autorinnen und Autoren 325

VORWORT

Mit diesem Band legen die Herausgeber den sechsten Band der „Weimarer Schriften zur Republik“ vor. Er dokumentiert die Beiträge der dritten internationalen Tagung zur Weimarer Republik, die die Forschungsstelle Weimarer Republik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Verein Weimarer Republik im November 2017 gemeinsam in Weimar ausgerichtet haben – eine Tagung zur Revolution, die das deutsche Kaiserreich und die Monarchie in Deutschland beendete, abgehalten ausgerechnet in den Räumen des Hotels Kaiserin Augusta, der Gattin von Kaiser Wilhelm I. Solche kleinen Ironien beleben nicht nur die Geschichte, sondern auch Tagungen, und sie entgingen wohl keinem der versammelten Anwesenden.

Seit der Verein 2014 und die Forschungsstelle 2016 die Arbeit aufnahmen, der Weimarer Republik zu mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu verschaffen und zugleich ein Forum für interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu bieten, ist viel geschehen. Die erste Konferenz 2015 hieß, ebenso wie der erste Band der Schriftenreihe, „Weimar als Herausforderung“ – und natürlich war auch die Gründung einer neuen Schriftenreihe wie die Organisation einer hochkarätigen transdisziplinären Tagung eine Herausforderung für die Herausgeber dieses Bandes. Inzwischen liegen zehn von uns organisierte nationale und internationale Konferenzen (davon drei in Kooperation mit Partnern) hinter uns und die Schriftenreihe hat das halbe Dutzend erreicht. Das macht die Arbeit an der Thematik Weimar nicht weniger zu einer Herausforderung, aber die Resonanz in der akademischen Gemeinschaft hilft, sich dieser Herausforderung weiter mit Leidenschaft und Augenmaß zu stellen.

Natürlich sind solche Projekte Gemeinschaftsaufgaben, und wir danken unseren Partnern, ohne die dies nicht möglich gewesen wäre. Das Bundesjustizministerium hat unter verschiedenen Ministern die Bedeutung der Thematik erkannt und die Arbeit des Vereins von Anfang an großzügig gefördert, nicht zuletzt dank der Vermittlung des Gründungsvorsitzenden Carsten Schneider. Das Land Thüringen wiederum hat die Forschungsstelle finanziert und die Stadt Weimar fördert unsere Pläne auf dem Boden, auf dem vor 100 Jahren die Weimarer Republik entstand. Nichts davon ist selbstverständlich, und wir sind den politischen Akteuren auf allen drei Ebenen zu großem Dank verpflichtet. Dank geht auch an den Franz Steiner Verlag mit dem wir seit der Gründung der Reihe bestens zusammenarbeiten. Ein wissenschaftlicher Beirat, bestehend aus Ursula Büttner, Alexander Gallus, Kathrin Groh, Christoph Gusy, Marcus Llanque und Walter Mühlhausen beflügelt uns mit Anregungen, mit Lob und Kritik, und auch ihm sei herzlich gedankt dafür.

Im Rahmen der Tagung konnten wir auch zum dritten Mal die Preise für die besten Arbeiten zur Weimarer Republik vergeben. Für seine Berliner Habilitationsschrift wurde Jens Hacke, der auch als Referent an der Tagung teilnahm, mit dem

Friedrich-Ebert-Preis ausgezeichnet. Der Hugo-Preuß-Preis für die beste Masterarbeit ging an Angela Schubert (HU Berlin) und Grischa Sutterer (Tübingen), der Matthias-Erzberger-Preis für die beste Bachelorarbeit an Ludwig Decke (Leipzig) und Simon Sax (Bremen). Es ist beruhigend, zu sehen, wie viel hochklassige Forschung zur Weimarer Republik in unterschiedlichen Fächern und auf allen akademischen Ebenen betrieben wird, und wir danken erneut dem Bundesjustizministerium dafür, dass wir diese Forschung auch gebührend würdigen und anerkennen konnten.

Zum unmittelbaren Gelingen der hier dokumentierten Konferenz haben in erster Linie natürlich die Referentinnen und Referenten beigetragen, die in einem anregenden Fächermix aus Geschichte, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft die Revolution aus ganz unterschiedlichen Perspektiven betrachten halfen. Für den Band haben wir dann erfreulicherweise mit den Beiträgen von Heidrun Kämper und Helmuth Kiesel noch die germanistische Sprach- und Literaturwissenschaft hinzuholen können. Aus dem Team des Vereins geht unser Dank an Stephan Zänker und Markus Hünninger, aus der Jenaer Politikwissenschaft und Forschungsstelle haben Sebastian Elsbach, Monika Keilich, Ronny Noak und Jonathan Overmeyer die Tagung mit vorbereitet und durchgeführt. Ihnen allen sei von Herzen gedankt, wie auch Alf Rösner, dem Direktor des Stadtmuseums, dessen schöne 2014 eröffnete Ausstellung zur Nationalversammlung in Weimar wir mit den Tagungsteilnehmern besuchen durften.

Diese vielfältige Unterstützung ist uns Ansporn, unser Projekt weiter zu verfolgen. Vielleicht nicht gerade „Dem Schnee, dem Regen, / dem Wind entgegen, / im Dampf der Klüfte, / durch Nebeldüfte, / immer zu! Immer zu! / Ohne Rast und Ruh“, denn der Wind ist mit uns, nicht gegen das Ansinnen, der ersten deutschen Demokratie ihren gebührenden Platz zu verschaffen. Aber die Chance, den bekanntesten Wahl-Weimarer mit der Adresse Frauenplan 1 zu zitieren, kann man sich auch dann nicht entgehen lassen, wenn die eigenen wissenschaftlichen Interessen 86 Jahre nach dessen Tod beginnen. Immerhin war er damit der Revolution und der Weimarer Republik zeitlich noch näher als wir heute. Inhaltlich aber beginnt in Weimar das moderne Deutschland, mit allen Höhen und Tiefen.

Die Herausgeber
Jena, im Oktober 2018

EINLEITUNG: DIE WIEDERENTDECKTE REVOLUTION

Michael Dreyer / Andreas Braune

„3 Worte: Ungestörte Demobilmachung, Aufbau der Republik, Frieden“ – darin sah der Werbedienst der deutschen Republik im Herbst 1918 die zentralen Aufgaben der jungen Republik – einer Republik, die noch gar nicht in Form gegossen war, sondern noch ein aus der Revolution geborenes Provisorium. Wo die ‚Macht‘ lag, war nicht eindeutig auszumachen. Der provisorischen Reichsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten, war sie nach dem 9. November geradezu in den Schoß gefallen.¹ Die Volksbeauftragten waren weder parlamentarisch legitimiert, noch durch eine Volkswahl, noch waren sie nach geltendem Verfassungsrecht legal zu ihrer Position gekommen.² Das hinderte sie aber nicht daran, schon am 12. November ‚mit Gesetzeskraft‘ das Kriegsregime im Innern und alle Debatten um die Demokratisierung des Wahlrechts zu beenden, indem sie das allgemeine und gleiche Männer- und Frauenwahlrecht für alle öffentlichen Körperschaften einführte. Das war nichts weniger als eine demokratische Wahlrechtsrevolution, die die Grundlage dafür geschaffen hatte, dass bald *alle* Deutschen ab 20 Jahren über Form und Zugschnitt der neuen Republik würden abstimmen können. Nicht nur die Frauen waren damit zum ersten Mal in den *demos* einbezogen, sondern auch alle Männer unter 25 und alle Soldaten, und zwar auf allen Ebenen des Reiches.

Der Rat der Volksbeauftragten bildete aber nur die ‚förmliche‘ Seite der Macht. Denn die Revolution hatte die Macht auch auf die Straße verlagert, und von dort in die Arbeiter- und Soldatenräte, die in den Städten und Gemeinden zumindest mit dem Anspruch auftraten, von der Revolution sanktioniert zu sein und nun die Macht vor Ort ausüben zu dürfen.³ Solange der politische Wille des deutschen Volkes nicht durch Wahlen artikuliert war, lag in der Wahrnehmung der Rätebewegung alle Macht bei ihr – wo sie auch bleiben sollte, wenn es nach erheblichen aber minoritären Teilen der Rätebewegung gegangen wäre. ‚Alle Macht den Räten‘ war vor der Wahl zur Nationalversammlung der eigene Anspruch jener Minderheit, danach ihre Losung, die Revolution nicht im liberal-demokratischen Verfassungsstaat versanden zu lassen. ‚Aufbau der Republik‘ hieß also im Herbst und Winter 1918

1 Siehe hierzu den Beitrag von Walter Mühlhausen in diesem Band.

2 Der Beitrag von Manfred Baldus in diesem Band schildert dies anschaulich aus rechtsgeschichtlicher und rechtstheoretischer Perspektive.

3 Detlef Lehnert untersucht dies in diesem Band zumindest für die Großstädte der Zeit und zeigt die unterschiedlichen Arten des Übergangs von der alten zur neuen Ordnung auf, genauso wie die unterschiedlichen Grade der Kooperation mit der bestehenden Verwaltung vor und nach den ersten demokratischen Wahlen zu den kommunalen Körperschaften.

zu klären, wer die Macht über die Revolution und ihren Fortgang hatte und wie der Charakter und der Aufbau der ‚deutschen Republik‘ schlussendlich aussehen würden.

Die Aufgabe ‚Frieden‘ bezog sich im Oktober und November 1918 auf das überwältigende Bedürfnis der Bevölkerung, nach vier Jahren Krieg und Entbehrung nicht noch einen weiteren Kriegswinter durchstehen zu müssen. Das letzte Kriegsjahr war schon zu einer Propaganda- und Durchhalteschlacht geworden, die nur mühsam den Durchhaltewillen gegenüber dem Friedenswillen aufrechterhalten konnte. Schon im Frühjahr 1917 hatte sich die SPD an der Frage nach Krieg und Frieden aufgespalten.⁴ Wenig später hatte der interfraktionelle Ausschuss aus Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und MSPD – eine Vorwegnahme der späteren Weimarer Koalition – nach Wegen gesucht, den Krieg gesichtswahrend und rasch zu beenden. Die politische und militärische Führung des Reiches wollte davon nichts wissen und hielt an der Illusion des Siegfriedens fest, der durch den Erfolg von Brest-Litowsk und die Hoffnungen auf die Frühjahrsoffensive 1918 greifbar schien. Unterdessen war die Friedensfrage für die USPD die treibende Kraft geworden, die ihr half, erhebliche Anhängermassen v. a. in den Industriegebieten zu gewinnen: Friedens- und Streikbewegung gingen seit dem Winter 1917 Hand in Hand. Die Initiativen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom Januar 1918 nährten in Deutschland im Oktober 1918 die von Beginn an unrealistischen Hoffnungen auf jenen ‚Wilson-Frieden‘, mit dem Deutschland noch einmal glaubte, halbwegs aufrecht den Krieg beenden zu können. Als er dann ausblieb und mit ‚Versailles‘ klar wurde, dass diese Hoffnung eine bloße Illusion war, sollte dies eine schwere Hypothek für die Weimarer Republik werden. Für die Novemberrevolution aber bildete das Bedürfnis nach Frieden wahrscheinlich das stärkste Motiv, sicherlich weit stärker noch als jenes nach Demokratie. Der Krieg sollte beendet werden, und dem standen die Fürstenhäuser und politischen und Funktionseliten des Kaiserreichs seit Monaten, wenn nicht seit Jahren im Weg. Immerhin hielten sie sich so lange an der Macht, bis die militärische Niederlage besiegelt war, mussten mit ihr aber von einem Tag auf den anderen die Bühne der Macht räumen – ohne dass sich irgendeine Hand regte, die Monarchen gewaltsam zu verteidigen. Nun stellte sich aber auch heraus, dass Deutschland jede Möglichkeit verloren hatte, darauf einzuwirken, wie der Friede aussehen würde – wofür auf Basis der ‚Dolchstoßlegende‘ später die Konkursverwalter, nicht die Konkursverschlepper in Haftung genommen wurden, um eine Formulierung Lothar Machtans aus seinem Beitrag zu diesem Band zu entlehnen.

Zu der Aufgabe ‚Frieden‘ gehörte für die neue Regierung aber auch, in den Außenbeziehungen des Reiches den Waffenstillstand zu managen und nach Möglichkeit auf die Aushandlung der Friedensbedingungen einzuwirken. Militärisch lag das Reich am Boden, aber trotzdem war die ‚Wiederaufnahme der Feindseligkeiten‘ ein permanentes Damoklesschwert, das über der jungen Republik schwebte. Dies

4 Siehe hierzu jüngst: Braune / Hesselbarth / Müller (2018): USPD.

hätte nichts weniger als das Ende der staatlichen Integrität des Reiches und die Besetzung noch weiterer Teile des deutschen Staatsgebietes bedeutet. Auch wenn dies für einige Militärs sogar eine mögliche Option war, um im Osten die Kräfte für die Fortsetzung des Krieges zu sammeln, konnte das für eine demokratische Republik im Aufbruch keine ernsthafte Option sein, und noch viel weniger für eine völlig erschöpfte Bevölkerung. Als die Friedensbedingungen von Versailles präsentiert wurden, war das nichts weniger als die Frage nach dem Sein oder Nichtsein Deutschlands als Staat. Verdorrt ist letztlich aber niemandes Hand (entgegen der vollmundigen Ankündigung von Philipp Scheidemann in der Nationalversammlung), der sich in dieser Situation für den Erhalt der Republik eingesetzt hatte.

Zur Konkursmasse des Kaiserreiches gehörte schließlich ein Millionenheer, das ganz überwiegend noch in ‚feindlichem‘ Territorium oder zu räumendem Reichsgebiet stand, und das binnen kürzester Frist laut Waffenstillstandsbedingungen ‚heim ins Reich‘ gebracht werden musste.⁵ Die Aufgabe ‚ungestörte Demobilmachung‘ zielte auf diese enorme logistische Herausforderung, bei der jene Akteure, denen gerade die Macht und der Auftrag zum Aufbau der Republik in den Schoß gefallen waren, nachvollziehbarerweise glaubten, auf die Expertise und Strukturen des bestehenden Militärapparates angewiesen zu sein.⁶ Zu dieser Herausforderung gehörte auch, das ‚Monopol legitimer Gewaltsamkeit‘ (Max Weber) zu wahren, ohne das auch eine Republik nicht lebensfähig ist. Bürgerkrieg und Desintegration des Reiches von innen waren die reellen Antipoden zu der Notwendigkeit, auch in der Revolution das Gewaltmonopol zu sichern. Die Demobilmachung war aber nicht nur diese logistische und ordnungspolitische Aufgabe, sondern auch eine gewaltige wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung. Denn zur Demobilmachung gehörte auch die rasche Umstellung der Kriegs- auf eine Friedenökonomie und die Reintegration der heimkehrenden Soldaten in ihr ziviles Leben als Studenten, (Land-)Arbeiter, Bauern, Handwerker, Angestellte, Beamte – ein Prozess, der oft zu Lasten der Frauen ging, die unter den Kriegsbedingungen die entstandenen Lücken gefüllt und daraus auch ihr neues politisches Gewicht abgeleitet hatten. In sozialpolitischer Hinsicht kam für die spätere Weimarer Republik noch die Fürsorge für die zahllosen Kriegsversehrten und -geschädigten hinzu, die nicht ohne Weiteres in ein normales Arbeitsleben zurückkehren konnten.⁷

„Ungestörte Demobilmachung, Aufbau der Republik, Frieden“ waren also durchaus die ‚Forderungen des Tages‘. Der Herr auf dem Titelbild dieses Bandes verweist darauf. Die grundlegende Botschaft hinter diesem Slogan des Plakates ist durchaus staatstragend, zumindest für revolutionäre Zeiten: Ruhe bewahren, mit den Gegebenheiten klarkommen, nach vorne schauen, wir schaffen das. In ihr

5 Im ersten Band des vierbändigen Epos *November 1918: Eine deutsche Revolution* von Alfred Döblin ist anschaulich geschildert, wie sich dies in Elsass-Lothringen abspielte.

6 Zu jenem berühmten Telefonat zwischen Friedrich Ebert und Wilhelm Groener und einer differenzierteren Betrachtungsweise hinsichtlich des Umgangs der neuen zivilen Regierung mit dem Militärapparat siehe den Beitrag von Peter Keller in diesem Band.

7 Siehe hier wiederum die Schilderungen in Döblins *Berlin Alexanderplatz*.

schwingt der Aufruf zu ‚Ruhe und Ordnung‘ mit, den vor allem die Mehrheitssozialdemokratie 1918/19 wiederholt formulierte. Mit diesem Aufruf war der Optimismus verknüpft, dass sich eine demokratische und sozialistische Gesellschaft mit Wahlen und Mehrheitsentscheidungen aufbauen lasse, sofern nur jene Ruhe und Ordnung gewahrt würden. Im Kontrast dazu stehen die roten Farben im Hintergrund des Plakates: Sind sie nicht Ausdruck einer genuin sozialistischen, wenn nicht gar kommunistischen Revolution, wie sie ein Jahr zuvor in Russland stattgefunden hatte? Müsste nicht darüber „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ oder „Ende aller Klassenherrschaft, Adel & Bourgeoisie an die Laterne!“ stehen? Das zumindest würde unseren Sehgewohnheiten entsprechen, die wir heute mit roten Fahnen verbinden und für die auch damals die Zeitung „Die Rote Fahne“ stand. Im ‚Traumland der Waffenstillstandsperiode‘ (so die mittlerweile oft zitierte Bezeichnung der ersten Monate nach der Revolution laut Ernst Troeltsch) wurde die Farbe Rot aber tatsächlich für die Revolutionäre und mindestens für das gesamte sozialistische Milieu für eine kurze Zeit zum Zeichen für den revolutionären und demokratischen Aufbruch. Jedenfalls war sie nicht das alleinige Markenzeichen des Spartakusbundes und der kommenden Kommunistischen Partei.⁸ Als Gegensatz zur Monarchie gab der Begriff der Republik diesen Spielraum eine Zeitlang auch her, weil er ohne Attribuierung offen hielt, ob es sich um eine bürgerliche, demokratische, sozialistische, Räte- oder wie auch immer spezifizierte Republik handeln würde. In den ersten Wochen der Revolution signalisierte die Farbe Rot, dass man auf der Seite der Revolution und gegen die Monarchie stand, ohne sich genau festlegen zu müssen, welche Art der Republik es denn sein sollte. Der Slogan „Aufbau der Republik“ vor roten Fahnen war auf dem Plakat Heinrich Richters also hinreichend offen und ein neuerliches Sammlungsangebot zumindest an die linken Kräfte. Dass zunächst Rot die Farbe der Revolution war und nicht Schwarz-Rot-Gold, zeigt auch, wie sehr die Revolution zunächst von sozialistischen Akteuren und Vorstellungen geprägt war, wobei die ‚Umcodierung‘ der Revolution von Rot auf die Farben von 1848 später sehr gut vom linken Topos des ‚Verrats‘ instrumentalisiert werden konnte.

Für Kurt Tucholsky war folglich die Republik, die dann aus dem Rat der Volksbeauftragten, dem ‚Ebert-Groener-Pakt‘, dem Stinnes-Legien-Abkommen, der Entscheidung des Reichsrätekongresses im Dezember 1918, der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung, der provisorischen Reichsregierung unter Ebert und Scheidemann und der Weimarer Reichsverfassung hervorgegangen war, von Beginn an unbefriedigend. Fehlte da nicht etwas? War das überhaupt eine Revolution? War das nicht irgendwie zu bieder, zu bürgerlich?

Knapp ein Jahr nachdem das Plakat ‚3 Worte‘ von Heinrich Richter-Berlin gestaltet wurde, erschien in Berlin-Charlottenburg eine Broschüre unter dem Titel *Das politische Plakat*, die ‚amtlich‘ von dem Architekten und Publizisten Adolf Behne

8 Siehe hierzu den Beitrag von Mark Jones in diesem Band und darin die Hinweise auf die Farbenvielfalt auf den frühen Bestattungsfeiern der Revolution.

herausgegeben wurde, der dem Berliner *Arbeitsrat für Kunst* angehörte und zugleich dem von dem Schriftsteller Paul Zech geführten *Werbedienst der deutschen Republik* nahestand.⁹ Die Broschüre versammelt eine ganze Reihe von Plakaten des Werbedienstes, die von avantgardistischen und expressionistischen Künstlern zur Unterstützung des Aufbruchs in die neue Zeit gestaltet wurden. Auch in Berlin gab es also jene ‚ästhetische Mobilisierung‘ durch Künstler-Politiker oder Politiker-Künstler, die Wolfram Pyta in seinem Beitrag zu diesem Band so anschaulich schildert. Kurt Tucholsky hingegen hielt wenig davon:

In dem ganzen sauber ausgestatteten Heft findet sich nicht ein Blatt, aus dem etwa der Haß gegen das alte Regime flammte. Das aber wäre Revolution, das wäre ein politisches Plakat. Sie setzen bieder und brav auseinander, daß man nun arbeiten müsse – und man riecht förmlich den Geheimrat dahinter, der dem Graphiker gesagt hat, was er machen soll.¹⁰

Nicht nur inhaltlich, sondern auch ästhetisch schüttet Ignaz Wrobel alias Kurt Tucholsky seine Häme über ‚3 Worte‘ aus:

Ich persönlich halte die Verwendung Pechsteins und der Expressionisten zur Plakatverfertigung für einen Mißgriff – denn die Augen der Massen sind gar nicht erzogen, so zu sehen, und so einfach ist das schließlich nicht, aus einem Wirrwarr des Malers Richter sich erst den Mann herauszuklauben, der inmitten roter Fahnen auf ein paar umständlich formulierte Abstrakte deutet: ‚Drei Worte: Ungestörte Demobilmachung, Aufbau der Republik, Frieden.‘ Abgesehen davon, daß es Friede heißt: ehe man das begriffen hat, ist der Mond schon auf die Erde gefallen. Das sitzt nicht. Das haut nicht. Das peitscht nicht.

Es muss also peitschen. Was soll das für eine Revolution sein, die zu Ruhe und Ordnung und konstruktiver Arbeit aufruft? Was wünscht sich Tucholsky stattdessen?

Uns fehlt der volkstümliche Zeichner, der hassen kann und sie alle mitreißt: den Droschkenkutscher und den Obstverkäufer und den Eisenbahner und den geworbenen Soldaten und Alle. [...] Was müßte einer bewirken, der die Sprache des Volkes auf seinen Blättern spricht und dann noch seiner oppositionellen Überzeugung Form verleihe!

Veröffentlicht werden diese Zeilen Tucholskys exakt eine Woche nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung, nämlich am 21. August 1919. Was der Endpunkt der Revolution sein könnte, nutzt Tucholsky für einen Frontalangriff und einen neuerlichen Revolutionsaufruf. Im alten Habitus des Oppositionellen des Kaiserreichs ruft er zur Empörung gegen die Herrschenden auf, ohne realisiert zu haben, dass zwischen den Herrschenden vom August 1919 und August 1918 (und der Art und Weise ihrer Bestellung) ein Unterschied besteht. Zu allem Überflus fordert Tucholsky die junge Republik auf, sie möge „klug und weitherzig genug sein [...]“, auch ihren Feinden eine öffentliche Propaganda nicht zu verwehren.“ Es ist exakt diese Forderung nach antikonstitutioneller Meinungsfreiheit, die antidemokratische Intellektuelle und ihre Presseorgane im weiteren Verlauf der Weimarer Republik in

9 Behne (1919): Das politische Plakat.

10 Dieses und die folgenden Zitate aus: Wrobel (1919): Das politische Plakat, S. 239f.

Anspruch nahmen, um die Fundamente der Demokratie in Deutschland zu untergraben. Ähnlich verstanden das viele Vertreter der reaktionären Beamtenschaft, die die Neutralitätspflicht des liberalen Staates glaubten soweit auslegen zu dürfen, dass sie auch gegen ihn agieren dürften. Das war natürlich nicht das Ansinnen Tucholskys, der vielmehr sicherstellen wollte, dass eine Fundamentalkritik von links weiterhin möglich sein sollte. Aber es versinnbildlicht, dass die umstrittene Deutung der Revolution und die kontroverse Beurteilung ihres Ergebnisses (also der Weimarer Republik mit ihrer Verfassung) im Grunde unmittelbar zeitgenössisch einsetzten. Im Ereignis selbst wurden schon die Schneisen für den Erinnerungsort geschlagen.

Von den drei Worten des Plakates im Titelbild führt daher ein Weg zu den drei Worten im Titel des Bandes: Zusammenbruch – Aufbruch – Abbruch. Sie entsprechen den wesentlichen Deutungsmustern, die unmittelbar mit der Revolution einsetzen und im weiteren Verlauf der deutschen Geschichte die Erinnerung an die Novemberrevolution prägen sollten. Das Plakat selbst steht für die Idee des Aufbruchs in ein neues, demokratisches Deutschland, während Tucholskys Kritik daran das linke Unbehagen an der Revolution artikuliert, das bei noch weiter links stehenden Zeitgenossen schließlich in den Abbruchs- und Verrats-Topos mündete. Diesem Topos zufolge habe die Mehrheitssozialdemokratie die Interessen der Arbeiterschaft und die Revolution insgesamt zugunsten von ‚Ruhe und Ordnung‘ geopfert. Im Ergebnis sei die Weimarer Republik eine ‚bürgerliche Demokratie‘, die nicht nur außerstande sei, den Pathologien der kapitalistischen Wirtschaft entgegenzuwirken, sondern schlimmer noch, die durch die Allianz mit den reaktionären Eliten den Keim des Faschismus bzw. Nationalsozialismus von Anfang an in sich getragen habe. Das ominöse Ebert-Groener-Telefonat, der Reichsrätekongress, die Abwehr der Weihnachts- und Januar-Kämpfe, die Niederschlagungen der Münchner Räterepublik und die Reichsexekutionen gegen Sachsen und Thüringen sind die wesentlichen Marksteine dieses Deutungsmusters, das marxistische Historiker wie Arthur Rosenberg von Anfang an gepflegt hatten und das in der DDR integraler Bestandteil des sozialistischen Geschichtsbildes wurde.¹¹

Der Topos des Zusammenbruchs war von Anfang an im adligen, (groß-)bürgerlichen und konservativen Milieu und damit auch in weiten Teilen der Funktionseliten verbreitet. Es ist nicht auszuschließen, dass auf viele Vertreter dieser Gruppen (wie auf die Bevölkerung generell) die permanente Siegfriedenspropaganda ihre Wirkung entfaltet hatte, und dass sie tatsächlich von der Implosion des monarchischen Systems und Prinzips überrascht wurden. Umso attraktiver und plausibler war dann die Dolchstoßlegende, die trotz ihrer Umkehrung von Ursache und Wirkung in Bezug auf die Kriegsniederlage für ihre Vertreter wirklichkeitskonstituierend wurde. Der ‚Zusammenbruch‘ war daher real, weil er sich auf das Koordinatensystem des ‚Ancien Régime‘ bezog, das ja tatsächlich zusammengebrochen war.

11 Vgl. Rosenberg (1935): Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, sowie Ruge (1969): Weimar.

Erschwerend kam hinzu, dass aus dieser Perspektive genau jene Kräfte ab November 1918 die Macht übernahmen, die spätestens seit der Friedensresolution 1917, wenn nicht seit Jahren des Verdachts verräterischer Umtriebe ausgesetzt waren. War dann nicht klar, dass die Ereignisse im November die Folge ihres Tuns sein mussten? Als dann der konstitutionelle Weg der Revolution eingeschlagen wurde und sich die Koalitionsregierung aus Sozialdemokratie, Katholizismus und Linksliberalismus gebildet hatte, wurden die Republik und ihre Verfassung von den ehemaligen ‚Reichsfeinden‘ aus der Taufe gehoben, oder zumindest von jenen Parteien, die zuvor verdächtigt wurden, außerhalb des Verfassungskonsenses des Kaiserreichs gestanden zu haben. Dass beispielsweise die SPD bis hin zur Aufgabe ihrer parteipolitischen Geschlossenheit gewillt war, den Nachweis zu erbringen, dass sie *doch* auf dem Boden der Verfassung des Kaiserreichs stand, spielte in den Deutungskämpfen nach 1919 kaum eine Rolle mehr. Ebenso wenig, dass alle drei Parteien bis in den Oktober 1918 hinein nur auf eine demokratische Reform des bestehenden Systems hingearbeitet hatten, nicht auf seine Beseitigung. All das war an der Intransigenz des Kaisers und der militärischen Eliten gescheitert, die beide hofften, mit einem Siegfrieden den alten *modus operandi* aufrecht erhalten und sich der immer nur zögerlich zugesagten Demokratisierung entziehen zu können. Schlussendlich mussten sie das Feld räumen, weil *ihre* Strategie der Aufrechterhaltung ihres Herrschaftsanspruches gescheitert war, nicht weil die Anderen Axt daran gelegt hatten. Trotzdem blieb in den Augen der Konservativen und alten Eliten die Republik ein Gebilde, das die ‚inneren Feinde‘ des Kaiserreiches geschaffen hatten, wodurch sie sich berechtigt sahen, den Kampf gegen diese Feinde mit allen Mitteln fortzusetzen. Im weiteren Verlauf der Republik geschah dies immer weniger im Duktus eines monarchischen Legitimus, sondern zunehmend in Hinblick auf diverse neurechte und völkischen Neuordnungspläne.

Das Ereignis selbst und die Entstehung eines umkämpften Erinnerungsortes hängen also aufs engste miteinander zusammen. Dass die Novemberrevolution nicht nur im öffentlichen Gedächtnis, sondern auch in der Wissenschaft nach 1990 eine „vergessenen Revolution“ blieb, wie Alexander Gallus 2010 konstatierte,¹² ändert daran wenig. Dass sie in Vergessenheit geriet, lag vielmehr daran, dass nach 1990 die alten Deutungsschlachten alle schon ausgefochten waren und mit dem linkssozialistischen Lager schließlich auch der Träger des Verrats-Narratives ausgefallen war. Für eine Integration der Novemberrevolution in den Erinnerungshaushalt der Deutschen als Teil ihrer Demokratiegeschichte setzte sich aber kaum jemand ein – aus unterschiedlichen Gründen, die hier nicht neuerlich ausgebreitet werden müssen. Das ändert sich in diesem Jahr sichtlich, begehen wir doch gerade den 100. Jahrestag der Revolution und Republikgründung. Quer durch die Republik gibt es Ausstellungen, Bildungsprojekte, Theateraufführungen und verschiedenste andere Formate zur Revolution und Weimarer Republik. Die Buchläden waren rechtzeitig mit

12 Vgl. Gallus (Hrsg.) (2010): Vergessene Revolution.

ansprechenden und hochwertigen Publikationen für die interessierte Leserschaft gefüllt¹³ und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen lief rechtzeitig „Babylon Berlin“. Damit einher geht in den Feuilletons angesichts des um sich greifenden Rechtspopulismus und anderer (scheinbarer) Erosionsphänomene der parlamentarischen Demokratie die Erörterung der Frage, ob wir uns wieder ‚Weimarer Verhältnissen‘ annähern.¹⁴ Dabei werden bei allen Ähnlichkeiten auch die Unterschiede zur Weimarer Republik unterstrichen. Für unseren Blick auf den Anfang der Republik sind diese Diskussionen – so berechtigt sie auch sein mögen – nicht sehr erkenntnisfördernd, da wieder zunehmend auf die Endphase der Republik und ihre vermeintliche Dauerkrise geschaut wird und darüber die ambitionierten Anfänge der Weimarer Republik erneut aus dem Blick geraten. In dem Versuch, sich der Überlegenheit der bundesrepublikanischen Demokratie zu vergewissern, werden gerade in den auf einen breiten Markt zielenden Publikationen wieder die alten Topoi der ‚versagenden‘ Republik und struktureller Defizite hervorgeholt, die von der Forschung der letzten beiden Jahrzehnte weitgehend relativiert wurden. Wieder wird Weimar zur Negativfolie. Dabei gäbe die Berücksichtigung der Leistungen, Errungenschaften und Chancen der ersten deutschen Demokratie heute stärkere Orientierung für den Wert der Demokratie als der eingeschüchterte Blick auf ihre Zerstörung. Es gibt gute Gründe, die Leistungen der Republikgründer und ihren Einsatz für die Demokratie zu würdigen, weil wir ihnen auch heute noch, 100 Jahre danach, viel zu verdanken haben. Auf Weimar zu schauen aus Angst, wir könnten wieder in Weimarer Verhältnissen enden, lässt sich stattdessen auf die Angstpolitik der Populisten ein.

Ob die Novemberrevolution – und mit ihr die Weimarer Nationalversammlung und ihre Verfassung – vor diesem Hintergrund aufhört, eine vergessene Revolution zu sein, ist noch nicht absehbar. Ein Jubiläum kann auch ein Strohfeuer sein, und die Aufmerksamkeitswelle kann sich in Kürze dem nächsten ‚großen Thema‘ zuwenden. Das liegt auch nicht (oder nur sehr begrenzt) in der Macht der Wissenschaft, die mit diesem Band zu Wort kommt. Was die Wissenschaft aber leisten kann, ist das, was Alexander Gallus vor wenigen Jahren in unserem Sammelband „Weimar als Herausforderung“ als Voraussetzung dafür benannt hat, dass die Novemberrevolution aus den alten Narrativen und Großerzählungen herausgelöst und in ein neues, eigenständiges Licht gerückt wird: Die konsequente Historisierung der Novemberrevolution, das heißt die möglichst vorurteilsfreie Neubetrachtung der Akteure und ihrer Erwartungshorizonte und Handlungsmöglichkeiten.¹⁵ Genau das versuchen wir mit diesem Band für eine breite Palette an Themen und Akteuren einzulösen, verbunden mit dem Anspruch, eine wenn auch nicht vollständige, so

13 Exemplarisch sei nur das Buch unseres hier vertretenen Autors genannt: Niess (2017): Der wahre Beginn. In seinem Beitrag nennt Wolfgang Niess eine ganze Reihe weiterer Publikationen für den breiteren Buchmarkt. Hinzu kommen eine ganze Reihe an Sonderheften der einschlägigen Wissens-Magazine und online-Dossiers der Träger der politischen Bildung.

14 Vgl. exemplarisch: Wirsching / Kohler / Wilhelm (Hrsg.) (2018): Weimarer Verhältnisse?

15 Vgl. Gallus (2016): Reaktualisierung durch Historisierung.

doch weitgehende Bestandsaufnahme der interdisziplinären Forschung zur Novemberrevolution zu liefern. Glücklicherweise gibt es hierzu wichtige Vorarbeiten: Erst kürzlich hat Volker Stalman einen gleichermaßen knappen wie souveränen Überblick über den Stand der historischen Forschung zur Novemberrevolution geliefert und dabei verschiedene Forschungsdesiderata ausgewiesen.¹⁶ In der Raum- und Regional-, in der Geschlechter-, Medien- und Kulturgeschichte der Revolution identifizierte er erheblichen Forschungsbedarf, wobei sein Blick freilich auf die Geschichtswissenschaft beschränkt blieb und nicht nach Forschungen und Forschungsfragen in den Nachbardisziplinen Ausschau hielt.

Einen besonders wichtigen Beitrag und Impuls zur Erforschung der Novemberrevolution setzte schon 2015 der von Klaus Weinbauer, Kirsten Heinsohn und Anthony McElligott herausgegebene Band *Germany 1916-23. A Revolution in Context*.¹⁷ Als besonders fruchtbar und wichtig betrachten auch wir dabei den doppelten Ansatz, den Untersuchungszeitraum bei der Betrachtung auszudehnen und die Novemberrevolution in ihrem internationalen Kontext bzw. ihrer transnationalen Vernetzung zu betrachten. Denn was für die klassische Betrachtung der Novemberrevolution in Deutschland typisch ist, ist einerseits, häufig im Zusammenhang mit der Sonderwegsdebatte, eine Fixierung auf die deutsche Geschichte, also die Mutmaßung, die Revolution sei ein Markstein exklusiv für Deutschland. Andererseits ist damit die Neigung verbunden, Einzelfragen der Wochen vor und nach der Revolution zu Schicksalsfragen zu stilisieren, ganz so, als hätte ein einziges Telefonat zwischen Friedrich Ebert und Wilhelm Groener den Weltenlauf komplett verändert (und Hitler den Weg in die Reichskanzlei gebahnt). Beide Vorschläge der genannten Herausgeber/-innen wirken dem entgegen und tragen erheblich zu einer Versachlichung der Betrachtung bei. Die Novemberrevolution erscheint dann mit ihrer Vorgeschichte und ihren Folgen als Teil der europäischen oder gar Globalgeschichte des Ersten Weltkrieges und seiner Konsequenzen. Sie ist Teil der Gewaltgeschichte des Krieges und des Widerstandes und der Streik- und Friedensbewegungen gegen ihn. Sie ist Teil der europäischen Demokratisierungswelle und der Etablierung einer sozialen Massendemokratie nach dem Krieg, wie Tim B. Müller in den letzten Jahren immer wieder betont hat.¹⁸ Sie ist Teil des Zusammenbruchs der imperialen Kaiserreiche Europas und teilt ein Schicksal mit dem Zarenreich, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich. Sie ist Teil des gewaltgeladenen, von Aufständen, Bürgerkriegen und ideologischen Konfrontationen geprägten Auseinandersetzungen des sogenannten Nachkrieges.¹⁹ Und sie endet nicht schon 1919 mit der Verabschiedung der Weimarer Verfassung, sondern erst 1923, als die wesentlichen Angriffe gegen sie abgewehrt sind und sich die Konturen der europäischen Nachkriegsordnung festigten.²⁰ Sie ist damit nichts spezifisch deutsches, sondern die deutsche Version von Ereignissen, Strukturveränderungen und sozialen

16 Vgl. Stalman (2016): Wiederentdeckung der Revolution.

17 Vgl. Weinbauer / Heinsohn / McElligott (Hrsg.) (2015): *A Revolution in Context*.

18 Vgl. Müller (2014): *Lebensversuche*; ders. / Tooze (Hrsg.) (2015): *Normalität und Fragilität*.

19 Vgl. Gerwath (2017): *The Vanquished*.

20 Siehe hierzu jüngst u. a. ders. (2018): *Die größte aller Revolutionen*.

und politischen Kämpfen, die in unterschiedlichen Schattierungen in ganz Europa und darüber hinaus eine Rolle spielten. Wenn wir dem Vorschlag, die Periodisierung des revolutionären Umbruchs auszudehnen und ihn im europäischen Kontext zu sehen, in diesem Band nur punktuell folgen, dann liegt das daran, dass man im Rahmen eines einzelnen Sammelbandes auch Grenzen vor sich hat. Wir hatten stattdessen dem interdisziplinären Zugriff den Vorrang gegeben, weil auch hierin ein großes Potential für eine Neubewertung der Revolution liegt. Denn die multiperspektivische Betrachtung schützt vor einseitigen Deutungen, weil sich mitunter blinde Flecken ausleuchten lassen, die sonst unbeachtet blieben.

Der Aufbau dieses Bandes ist einerseits chronologisch, andererseits strukturell angelegt. Die ersten vier Abschnitte widmen sich der Novemberrevolution als ‚Ereignis‘, der fünfte als ‚Erinnerungsort‘. Der erste Abschnitt thematisiert die Vorgeschichte und die unmittelbaren Folgen der Revolution. Den Auftakt bildet dabei der Beitrag von *Lothar Machtan*, der sich dem kurzen Zeitfenster der Regierung Max von Badens widmet, in dem die Monarchie noch zu retten gewesen wäre. Dafür fehlte freilich auch das Personal, um eine glaubhafte Transition zu einer wirklichen ‚Volksmonarchie‘ einzuleiten. Machtan beschreibt die Tage der ersten Novemberhälfte als einen ‚geschenkten Sieg‘, weil sich die alten Machthaber kurzerhand aus der Schusslinie nahmen und widerstandslos die Macht aufgaben. Dieser Sieg musste nicht opfervoll erkämpft werden, was ein wichtiger Grund für den fehlenden revolutionären Pathos und das Ausbleiben eines revolutionären Mythos gewesen sein dürfte, die Tucholsky oben beklagte. Im darauffolgenden Beitrag Rekonstruiert *Detlef Lehnert* minutiös die Machttransition auf lokaler Ebene, also die erfolgte oder häufig auch nicht erfolgte Auswechslung der Oberbürgermeister sowie die Ergebnisse und Konsequenzen der ersten republikanischen Kommunalwahlen in den deutschen Großstädten. Bis zu diesen Wahlen bedeuteten die Arbeiter- und Soldatenräte in der Regel eine starke Partizipationserweiterung, die aber fast nie zu einem harten Bruch mit dem alten Stadtreiment führte. Das neue, allgemeine und gleiche Wahlrecht bedeutete auch auf kommunaler Ebene eine Demokratisierung und bestätigte und institutionalisierte diese Partizipationserweiterung. Mit den Kommunalwahlen, die in Preußen etwa bis zum 2. März 1919 erfolgen mussten, war dann auch der revolutionäre ‚Schwebezustand‘ in den Städten beendet, was allerdings auch zu weiteren revolutionären Bemühungen motivieren konnte, wenn linke Akteure mit den Ergebnissen dieser Wahlen oder der Übertragung der Macht von den Räten auf die neu gewählten Kommunalvertretungen nicht einverstanden waren. Auf die transnationalen Wechselwirkungen zwischen der russischen und der deutschen Revolution geht anschließend *Gleb J. Albert* ein. Dass in Russland erst ein Jahr zuvor eine Revolution in zwei Stufen stattgefunden hatte und die Bolschewiki den Export ihres Revolutionsmodells unter dem Banner der Weltrevolution aktiv betrieben, gehörte zum unmittelbaren Erfahrungsraum aller Akteure der Novemberrevolution und konstituierte ihren Erwartungshorizont entscheidend mit, sei es als Vorbild, sei es als Schreckensszenario. Umgekehrt knüpften die Revolutionäre in Russland höchste Erwartungen an die Revolution im Heimatland des Marxismus. In Deutschland verschärfte die russische Revolution die Spaltung der Arbeiterbe-

wegung und schürte die ‚Bolschewismusfurcht‘ der MSPD (wie auch in der restlichen Bevölkerung) und erleichterte so ihr teils massives Vorgehen gegen die revolutionäre Linke. In Russland bedeutete das ‚Scheitern‘ bzw. der ‚Verrat‘ an der Revolution eine große Enttäuschung für die Bolschewiki und trug so wesentlich zur Abkehr von der Ideologie der Weltrevolution und der Entwicklung der Maxime vom ‚Sozialismus in einem Lande‘ bei.

Der zweite Abschnitt des Bandes widmet sich den Wahrnehmungen und Handlungsräumen verschiedener Akteursgruppen. Die ersten drei Beiträge nehmen die drei politischen Hauptlager entsprechend der Trias von Abbruch, Aufbruch, Zusammenbruch in den Blick. *Walter Mühlhausen* schließt mit seinem Beitrag zum linken Lager an den vorherigen Beitrag an und nimmt die unterschiedlichen Erwartungen und das Spannungsfeld von Zwangslagen, Handlungsmöglichkeiten und Vorentscheidungen in den Blick. Dabei betont Mühlhausen, dass sich die Volksbeauftragten (zumindest diejenigen der MSPD) als Treuhänder der Macht betrachteten, die zwar einerseits wichtige demokratisierende Pflöcke einschlagen mussten und eingeschlagen haben, die sich aber auch nicht für alles demokratisch legitimiert sahen und daher auf eine rasche Wahl der Nationalversammlung drangen. Dass die Revolution in diese konstitutionellen Bahnen gelenkt wurde, wurde von den Linken nicht als Erfolg, sondern als ihr Abbruch interpretiert. *Jens Hacke* legt anschließend den Fokus auf die Erneuerungen des Liberalismus, für die die Novemberrevolution den Anstoß gab, und die im politischen Liberalismus trotz seiner politischen und strukturellen Marginalisierung in der Weimarer Republik fortwirkten. Die Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie, Antitotalitarismus nach rechts und links und die Orientierung an einem staatlich und sozial eingehegtem Kapitalismus waren wichtige Pfeiler der Neuformulierung des Liberalismus nach dem Krieg. Die Novemberrevolution machte damit viele Liberalen zu Vordenkern und Praktikern des liberalen, demokratischen und wehrhaften Rechtsstaates mit ordnungspolitischem Auftrag. *Kirsten Heinsohn* wendet sich anschließend jener Gruppe zu, für die sich die Revolution als Zusammenbruch darstellen musste. Sie konstatiert zunächst, dass sich der Konservatismus und seine Trägerschichten schon vor der Revolution in der Defensive bzw. in Erosion befanden. Trotz der unmittelbaren Wahrnehmung der Ereignisse als Zusammenbruch sammelte sich das konservative Lager erstaunlich schnell und arrangierte sich mit den neuen Gegebenheiten wie Parlamentarismus und Frauenwahlrecht. Nicht, weil sie sie plötzlich befürworteten, sondern weil sie sie als Instrumente dafür sahen, ihre Argumente vorzubringen und gegen die Demokratie wirksam zu sein. Bei alldem verhinderte die Dolchstoßlegende eine Selbstreflexion darüber, was man selbst zum Kollaps des Ancien Régime beigetragen hatte.

Anschließend widmet sich *Peter Keller* dem „Verhältnis zwischen demokratischem Staat und bewaffneter Macht in der Frühphase der Weimarer Republik“ und wendet sich gegen eine verengende Lesart des ‚Ebert-Groener-Paktes‘. Zwar sei korrekt, dass die Zusammenarbeit mit der alten militärischen Führung eine Reaktion auf einen ‚Anti-Chaos-Reflex‘ (Richard Löwenthal) sei. Dennoch seien damit keine zwingenden Pfadabhängigkeiten hin zu einer anti-republikanischen Armee verbunden. Stellt man beispielsweise in Rechnung, dass neben der OHL auch das

Preußische Kriegsministerium unter Heinrich Scheüch ein wichtiger Akteur der militärischen Führung war, dass sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Aufgaben und den Aufbau der Reichswehr in der zu gründenden Republik kursierten und dass sich die Seeckt-Fraktion erst nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch durchsetzen konnte, dann ist eine realistische Chance zu konstatieren, dass sich unter Walther Reinhardt durchaus eine republiktreue Armee hätte formieren können.

Der numerisch größten Bevölkerungsgruppe nimmt sich anschließend *Ingrid Sharp* in ihrem Beitrag über Frauen in der Revolution an und verknüpft ihre Betrachtungen bereits mit der Art und Weise der Erinnerung an die Revolution. Denn diese sei über Jahrzehnte, ebenso wie die Historiographie der Revolution, durch eine männliche Sichtweise geprägt gewesen und habe so zu einer völligen Marginalisierung der Rolle der Frauen in der Revolution geführt. Es liege an der Fragestellung, ob diese Rolle in den Blick gerate. Lege man einen stärkeren Akzent auf die Vorgeschichte der Revolution in der Streik- und Friedensbewegung im Krieg oder formuliere man stärker kultur- und sozialgeschichtliche als politikgeschichtliche Fragestellungen an die Revolution, komme man an der Rolle der Frauen nicht vorbei. Und auch die Politik der Revolution ist gefüllt mit Frauen, die im Rahmen der damaligen Möglichkeiten politisch aktiv wurden. Man muss sie nur sehen wollen, dann sieht man sie auch.

Mit diesem Plädoyer für eine stärker an der Kulturgeschichte des Politischen orientierten Betrachtungsweise der Revolution geht der Band auch zu seinem dritten Abschnitt über, der diese Perspektive einnimmt. Den Auftakt bilden *Wolfram Pytas* ‚kulturhistorische Betrachtungen‘ zur ‚ästhetischen Mobilisierung‘ in der Revolution. Er nimmt dabei den Typus des Künstler-Politikers oder Politiker-Künstlers in den Blick, der nicht nur, aber besonders in München prägend für die ersten Monate der Revolution war. Die Wahrnehmung, dass die Demokratie und mit ihr ein neuer Humanismus nun unvermeidlich seien, ließ sie geradezu nach den Sternen greifen.²¹ In der Errichtung der sozialen Demokratie sahen sie mitunter die neue ‚Weltmission‘ Deutschlands. Im Zauber des Neuanfangs (Hermann Hesse) – oder, nüchterner, dem Traumland der Waffenstillstandsperiode – fassten sie Demokratie nicht nur als neue Staats-, sondern auch als neue Lebensform auf. Die Menschen würden nun wirklich zum *citoyen* im französischen Sinne werden, was auch den realen Erfahrungen des ‚empowerments‘ und der Partizipationserweiterung in den Räten und anderen revolutionären Handlungskontexten entsprach, die Menschen betraf, die nie zuvor eine politische Stimme hatten. Allerdings gingen mit diesen hohen Erwartungen die späteren Enttäuschungen Hand in Hand. Viel pragmatischer gestalteten sich dagegen die Erwartungshaltungen, die *Nadine Rossol* in ihrem Beitrag rekonstruiert. In einer politischen Kulturgeschichte ‚von unten‘ untersucht sie die Emotionen und Erwartungen gegenüber der Revolution, wie sie sich in der Selbstreflexion einer Gruppe Essener Volksschullehreranwärter, ihrer Lehrkräfte und anderer örtlicher Akteure darstellten. Zwar gab es auch offene Sympathie für

21 Vgl. hierzu, mit einer Einordnung in den mitteleuropäischen Kontext, auch Dikovich / Wierzock (Hrsg.) (2018): Von der Revolution zum Neuen Menschen.

die Revolution, meistens handelte es sich aber um abwartende und sich anpassende Haltungen. Auch ein breites Spektrum emotionaler Selbst- und Fremdwahrnehmungen wird dabei von Nadine Rossol rekonstruiert. ‚An der Basis‘ erzeugte die Revolution also gemischte Gefühle, vorsichtigen Optimismus oder auch pragmatische Anpassung, aber auch hier ein breites Spektrum an Reaktionen, je nach eigenem Handlungskontext und Erfahrungsraum. Der Beitrag von *Mark Jones* widmet sich wieder stärker den revolutionären Ereignissen selbst und trägt dem Umstand Rechnung, dass mit der Revolution die Frage zentral wurde, wer zu welchen Zwecken die Massen mobilisieren und auf die Straße bringen konnte. Teil dieser ‚Straßenpolitik‘ waren die öffentlichen Trauerfeiern und Begräbnisse für Revolutionsgefallene, die schon in den ersten Revolutionswochen zu einem wesentlichen Element der öffentlichen Sinnstiftung und der ‚Codierung‘ der Revolution wurden – konnten sich die neuen Machthaber sich und ihr Handeln hier öffentlichkeitswirksam inszenieren. Analog zum Verlauf der Revolution konstatiert Mark Jones dabei, dass eine relativ einmütige Inszenierung und Interpretation einer zunehmenden Spaltung wich, vor allem, weil die weiter links stehenden Kräfte die Begräbnisse für ihre Art der Straßenpolitik zu nutzen versuchten. Trotzdem wurde in der Revolution mit den Begräbnissen ein republikanisches Zeremoniell ‚erfunden‘, das auch später, etwa nach der Ermordung Walther Rathenaus oder dem Tod Friedrich Eberts eine erhebliche republikanische Mobilisierungskraft entfalten sollte. Auf diesen Beitrag folgt schließlich der Aufsatz *Heidrun Kämpers* über die Sprache der Revolution. Aus Perspektive der historischen Linguistik wird hier gezeigt, wie sich Prozesse der De- und Re-Institutionalisierung sprachlich auswirkten, wie sich Statuszuschreibungen und -funktionen umkehrten oder verschoben und darin auch die gegensätzlichen Deutungen der Revolution offenbarten. Heidrun Kämpers verdeutlicht dies an den Begriffen ‚Frau‘, ‚Obrigkeit‘ und ‚Fortschritt‘, vor allem aber mit Blick darauf, wie gegensätzlich der Begriff der Demokratie ausgedeutet wurde.

Der vierte Abschnitt des Bandes widmet sich mit zwei Beiträgen der rechtswissenschaftlichen bzw. rechts- und ideengeschichtlichen Betrachtung der Revolution. Zunächst misst *Manfred Baldus* die Novemberrevolution am rechtswissenschaftlichen Revolutionsbegriff und kommt zu dem klaren Schluss, dass mit der Übertragung der Kanzlerschaft von Max von Baden auf Friedrich Ebert, aber auch mit dem gesetzgeberischen ‚Aufruf an das deutsche Volk‘ vom 12. November auf höchster Ebene ein Bruch mit dem Verfassungsrecht des Kaiserreichs vollzogen wurde und daher die Novemberrevolution im rechtswissenschaftlichen Sinne eine Revolution *par excellence* sei. Für die Zeitgenossen stellte sich aber damit auch die unmittelbare Frage nach der Geltung dieses revolutionär geschaffenen Rechts, und hier kommt Manfred Baldus zu dem Schluss, dass die Mehrzahl der Rechtsgelehrten in Folge jenes oben erwähnten Anti-Chaos-Reflexes und erleichtert durch den Rechtspositivismus kurzerhand von der Geltung dieses neuen Rechts ausgingen. Denn Recht sei nicht nur, was legal zustande gekommen ist, sondern auch, was faktisch durch die Inhaber der Staatsmacht durchgesetzt werden kann. Im Namen der Rechtssicherheit konnte hier kein Interesse bestehen, wider aller Realität von der Fortgeltung des kaiserlichen Verfassungsrechts auszugehen. Im darauffolgenden

Beitrag widmet sich *Daniel Siemens* mit Erich Kuttner einem Rechtswissenschaftler, der zum Politiker wurde, und mit Walther Lamp'1 einem Akteur der Revolution, der anschließend Doktor der Rechte wurde. Beide setzten sich mit den Geltungsfragen des revolutionären Rechts auseinander und bejahten emphatisch das neue Recht. In Fortführung ihrer Rechtskritik im Kaiserreich haderten sie auch mit den Beharrungskräften im Justizsystem und wiesen Wege zu seiner Demokratisierung auf. In ihrer persönlichen und öffentlichen Verarbeitung der Revolution blendeten sie allerdings – so Daniel Siemens abschließend – die gewaltsame Durchsetzung des neuen Rechts in den ersten Monaten und Jahren der Republik systematisch aus,²² was vor allem auf Erich Kuttner als ehemaligem Führer des ‚Regiments Reichstag‘ zutraf.

Der fünfte und letzte Abschnitt des Bandes widmet sich dem Übergang vom Ereignis zum Erinnerungsort und der Entwicklung jener Erinnerung an die Revolution. Der literaturwissenschaftliche Beitrag von *Helmuth Kiesel* ist noch in der Weimarer Republik angesiedelt und gibt einen breiten Überblick über die literarische Verarbeitung der Revolution von den Revolutionsmonaten selbst bis 1933. Nach erster Euphorie setzen sich die negativen Deutungsangebote überall durch, was sicherlich auch damit zusammenhängt, dass gerade die Gegner der Republik gegen sie anschreiben. Rechts wie links wartete man noch auf die ‚echte‘ Revolution und stritt der stattgefundenen jeden Erfolg ab, machte sie lächerlich und desavouierte ihre Akteure. Weil sich ihr aber auch niemand im positiven Sinne annehmen wollte, geriet sie schon in den Jahren der Weimarer Republik zusehends in Vergessenheit, so Kiesel abschließend. Als nächstes wagt *Karl Heinrich Pohl* eine kontrafaktische Interpretation der besonderen Art und fragt danach, ob im Zuge der Revolution und Republikgründung nicht ‚zu viel Demokratie gewagt‘ wurde. Immerhin kam die neue Republik im Vergleich zum Kaiserreich einer Fundamentaldemokratisierung gleich, die große Teile der Bevölkerung überfordert habe. Den Wünschen und Vorstellungen der Mehrheit hätte in dieser Phase eine demokratische Reform der Monarchie(n) stärker entsprochen. So gründlich Karl Heinrich Pohl dieses Argument vorträgt und für alle Ebenen des Reiches durchaus überzeugend untermauert, so sehr muss aber auch in Rechnung gestellt werden, dass der revolutionäre Umbruch eine Art ‚Ereigniskaskade‘ (Kirsten Heinsohn in den Diskussionen unserer Tagung²³) in Gang setzte, die die Option einer ‚konservativeren‘ Transformation schon deshalb unmöglich machte, weil nirgends das Personal für sie bereit stand.

Von der ‚schädlichen‘ Revolution Pohls geht es zur ‚ungeliebten Revolution‘, die *Wolfgang Niess* diagnostiziert. Dabei legt er minutiös die Gründe dafür dar, dass die Revolution in keinem der beiden deutschen Staaten nach 1945 als Aufbruch in die Demokratie gewürdigt wurde. Für die SBZ bzw. DDR ist das klar, diente sie hier – wenn auch unterschiedlichen Konjunkturen folgend – als negativer Bezugs-

22 Hier anschließend an die nicht unumstrittenen Deutungen bei Jones (2017): Am Anfang war Gewalt.

23 Vgl. Wirtz (2018): Tagungsbericht.

punkt zur Konstituierung des Selbstbildes der SED, das ‚verratene‘ Erbe der Revolution in ihrem Staat endlich realisiert zu haben. Aber auch in der Bundesrepublik war die Novemberrevolution von Beginn an ein zentraler Gegenstand geschichtspolitischer Kontroversen, vor allem hinsichtlich der Frage, ob und inwiefern sie eine zentrale Wegmarke auf einem deutschen Sonderweg gewesen sei. Erst seitdem es nach 1989 wieder stiller um sie geworden sei und zentrale Voraussetzungen ihrer ‚geschichtspolitischen Zurichtung‘ entfallen, bestehe nicht zuletzt aufgrund ihres Jubiläums die Chance, die Revolution stärker in den demokratischen Erinnerungshaushalt der Deutschen zu integrieren. Skeptischer äußert sich hier *Martin Sabrow*, zumindest wenn es um die Frage geht, ob sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum Teil dieser Sinnstiftung machen sollten. Nachdem er den Gang der Novemberrevolution durch die deutsche Gedächtnisgeschichte rekonstruiert hat, plädiert Sabrow konsequent für den weiteren Kurs der Historisierung der Revolution, ohne dass dies zu einer neuerlichen Aktualisierung führen müsse. Neue Fragestellungen und neue Perspektiven gäbe es für die Wissenschaft genug, und es sei an der Zeit, auch die Revolution unabhängig von ihren Fluchtlinien auf 1933 als eigenständiges Phänomen zu betrachten.

Damit schließt diese Bestandsaufnahme zu den Forschungen und Forschungsperspektiven zur Novemberrevolution. Klar wird damit zunächst, dass sie sich von ihrer Verankerung in und ihre Instrumentalisierung durch geschichtliche Großnarrative emanzipiert hat. Sie bleibt ein wichtiges, ja ein zentrales Ereignis in der deutschen (und europäischen) Geschichte, ohne dass sich deshalb aber an ihr oder an einzelnen Entscheidungen ihrer Akteure das Wohl und Wehe der deutschen Geschichte ‚von Luther zu Hitler‘ geschieden hätte. Ihre Akteure kommen daher zunehmend zu ihrem eigenen Recht und werden im Lichte ihres Erfahrungsraumes und Erwartungshorizontes, ihrer tatsächlichen und ihrer wahrgenommenen Zwangslagen und Handlungsmöglichkeiten beurteilt. All dies rekonstruiert die historische Forschung unterschiedlicher Disziplinen. Defizite, Versäumnisse, Fehlentscheidungen werden ihnen daher nicht mehr aus einer ex-post-Perspektive in die Schuhe geschoben, ganz so, als hätten sie wissen müssen, was passiert, wenn sie x statt y tun. Die ‚Ereigniskaskade‘ der revolutionären Phase von ca. 1917 bis ca. 1923 ist keine hermetische Kausalkette, sondern ein hochkomplexer, vernetzter und kontingenter Prozess, in dem neben dem ständigen Bemühen um das Vermeiden von Kontrollverlust vor allem die Dynamiken von Wahrnehmung und Kommunikation, von Fehlwahrnehmung und Fehlkommunikation eine zentrale Rolle spielten. Nach den historischen Großerzählungen gibt es auch keine verbindliche Interpretation der Revolution mehr, ja nicht einmal viele Angebote, wie sie aussehen könnte. Davon profitiert eine multiperspektivische und interdisziplinäre Sicht auf die Revolution, wie sie hier angeboten wird. Es sei nicht verschwiegen, dass die Herausgeber das dominante Interpretationsangebot, die Novemberrevolution als ‚Beginn der Demokratie in Deutschland‘ zu sehen, mit Sympathie betrachten.

Abschließend noch ein Wort zum Wort Revolution, das in dieser Einleitung konsequent verwendet wurde. Die Historisierung der Revolution und die Vorsicht,

zeitgenössisch umstrittene Quellenbegriffe nicht zu analytischen Begriffen zu machen, sollte in diesem Fall nicht so weit führen, dass wir aufhören, wissenschaftlich von einer Revolution zu sprechen, nur weil der Begriff auch von den Zeitgenossen verwendet wurde. Martin Platt hatte in seinem Beitrag zu einem früheren Band unserer Forschungsstelle so argumentiert und mit sehr beachtenswerten Argumenten dafür plädiert, dass es im Lichte einiger empirischer Revolutionstheorien fraglich sei, ob der ‚Umbruch‘ von 1918/19 überhaupt eine Revolution sei.²⁴ Man solle den geschichtspolitisch kontaminierten und moralisch aufgeladenen Revolutionsbegriff lieber fallen lassen. Abgesehen davon, dass selbst in empirischen Revolutionstheorien immer auch normative Kriterien eingeschlossen sind, steht für uns jedoch nicht in Frage, dass die Veränderungen der Jahre 1918/19 revolutionären Charakter hatten. Sie waren in einem tiefgreifenden Sinne strukturverändernd, indem sie das politische System des Kaiserreichs durch das einer parlamentarischen Demokratie ersetzten und damit nicht nur verfassungsrechtlich und politisch etwas völlig neues schufen, sondern auch die normativen Grundlagen des Staates von den Prinzipien eines ‚Obrigkeitsstaates‘ hin zu denen eines ‚Volksstaates‘ (Hugo Preuß²⁵) änderten. Erstmals kam in Deutschland das Prinzip der Volkssouveränität im staatsrechtlichen und im politischen Sinne zur Geltung. Man muss dabei nicht unbedingt so weit gehen, sie mit Hannah Arendt eine echte Freiheitsrevolution zu nennen, weil fraglich ist, wie viele der Revolutionäre tatsächlich von dem Willen zu politischer Freiheit und ihrer revolutionären Durchsetzung beseelt waren. An dem Ergebnis der Gründung einer modernen freiheitlichen Ordnung kann jedoch kein Zweifel bestehen. All das ist im politikwissenschaftlichen Sinne eine Revolution, selbst wenn es die Zeitgenossen auch so sahen...

LITERATUR

- Behne, Adolf (Hrsg.): Das politische Plakat, hrsg. in amtlichem Auftrag. Charlottenburg 1919.
- Braune, Andreas / Hesselbarth, Mario / Müller, Stefan (Hrsg.): Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus? (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 3), Stuttgart 2018.
- Dikovich, Albert / Wierzock, Alexander (Hrsg.): Von der Revolution zum Neuen Menschen. Das politische Imaginäre in Mitteleuropa 1918/19: Philosophie, Humanwissenschaft und Literatur. (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 5), Stuttgart 2018.
- Dreyer, Michael: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten. (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 4), Stuttgart 2018.
- Gallus, Alexander (Hrsg.): Die vergessene Revolution von 1918/19. Göttingen 2010.
- Ders.: Auf dem Weg zur Reaktualisierung durch Historisierung. Die vergessene Revolution von 1918/19 revisited. In: Dreyer, Michael / Braune, Andreas (Hrsg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 1), Stuttgart 2016, S. 9–22.
- Gerwath, Robert: The Vanquished. Why the First World War failed to end. New York 2017.

24 Vgl. Platt (2017): Die unerklärte Revolution.

25 Vgl. hierzu Dreyer (2018): Hugo Preuß, S. 316–328.

- Ders.: Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit. München 2018.
- Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017.
- Müller, Tim B.: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien. Hamburg 2014.
- Ders. / Tooze, Adam (Hrsg.): Normalität und Fragilität: Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg. Hamburg 2015.
- Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19: Der wahre Beginn unserer Demokratie. Berlin u. a. 2017.
- Platt, Martin: Deutschland 1918/19. Die unerklärte Revolution. In: Braune, Andreas / Dreyer, Michael (Hrsg.): Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität. (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 2), Stuttgart 2017, S. 3–18.
- Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Berlin 1928 (auch Karlsbad 1935 und zahlreiche spätere Auflagen).
- Ruge, Wolfgang: Weimar. Republik auf Zeit. [Ost-]Berlin 1969.
- Stalman, Volker: Die Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19. Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 64 (2016), H. 6, S. 521–541.
- Weinhauer, Klaus / Heinsohn, Kirsten / McElligott, Anthony (Hrsg.): Germany 1916–23. A Revolution in Context. Bielefeld 2015.
- Wirsching, Andreas / Kohler, Berthold / Wilhelm, Ulrich (Hrsg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie. Ditzingen 2018.
- Wirtz, Verena: Tagungsbericht: Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort, 24.11.2017 – 26.11.2017 Weimar. In: H-Soz-Kult, 12.01.2018, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7488, Zugriff am 9.10.2018.
- Wrobel, Ignaz (= Kurt Tucholsky): Das politische Plakat. In: Die Weltbühne 15 (1919), Nr. 35, S. 239–240.

VOM KAISERREICH ZUR NOVEMBERREVOLUTION

GEBURTshelfER DER DEMOKRATIE?

Prinz Max von Baden – der letzte Kanzler des Kaisers

Lothar Machtan

Für meinen Aufriss einer komplexen politischen Problematik¹ habe ich drei Leitperspektiven gewählt: Erstens, was hatte der süddeutsche Thronprätendent im Herbst 1918 überhaupt in die Reichspolitik einzubringen? Zweitens, wie hat sein wichtigster politischer Partner, die Mehrheitssozialdemokratie unter Friedrich Ebert, das Potenzial dieser speziellen Kanzlerschaft eingeschätzt und zu entfalten versucht? Und drittens, was hat die breite Masse des Volkes von der Regierung des Prinzen Max gehabt?

1. DIE AUSGANGSKONSTELLATION

Deutschland im Spätsommer 1918: Das Bismarckreich in seiner bislang schwersten Krise. Der Weltkrieg ist nach dem Scheitern der halsbrecherischen Offensiven an der Westfront politisch sinnlos geworden. Die militärische Niederlage unabwendbar; man kann sie nur mehr verschleppen – günstigstenfalls die Kapitulation abwenden. Die Demokratie ist unaufhaltsam im Vormarsch; die Politisierung der unzufriedenen, weil kriegsmüden und ausgelaugten Volksmassen in vollem Gange. Offen bleibt, wie radikal, wie revolutionär sich diese latente Protestbewegung artikulieren wird. Der monarchische Machtstaat besitzt zwar noch eine funktionierende Bürokratie und das Gewaltmonopol, aber er besitzt schon lange keine politische Führung mehr. Der regierende Monarch ist zum Schattenkaiser geworden; der monarchische Gedanke verliert seine Magie. Diese Lage konfrontiert die politischen Entscheidungsträger mit der Notwendigkeit, zielführende Entscheidungen zu treffen, vor allem über brauchbare Schritte zur Kriegsbeendigung und die Zukunft der politischen Ordnung im Reich. Die Zeit ist im Begriff, aus den Fugen zu geraten, aber noch ist alles offen.

1 Bei dem Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung meines Weimarer Vortrags am 24.11. 2017. Es sind Gedankenskizzen entlang der Linien, die ich diesen drei Büchern breit gezogen und im Detail belegt habe: Lothar Machtan, *Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen.* 3. Auflage München 2009; ders.: *Der Endzeitkanzler. Prinz Max von Baden und der Untergang des Kaiserreichs*, Darmstadt 2018 (erweiterte Neuaufgabe der Erstausgabe von 2013); ders.: *Kaisersturz. Vom Scheitern im Herzen der Macht*, Darmstadt 2018. Auf Einzelnachweise wird deshalb im Folgenden verzichtet.

2. DIE BEIDEN PROTAGONISTEN

2.1 Prinz Max von Baden

Max von Baden hat die politische Bühne nicht als brüllender Löwe eines Systemwechsels betreten. Sondern mit einer deutschen Macht-Utopie, die er „ethischen Imperialismus“ nannte. Als angeblich weltgewinnendes Regierungsprogramm war es ihm insinuiert worden von – heute würden wir sagen – *Spin Doctors*. Max sollte/wollte retten, aber nicht das deutsche Volk. Er verstand sich eher als neue, weil unverbrauchte Ressource zum Erhalt der tradierten Macht. Im Übrigen stellt seine Kanzlerkandidatur einen klassischen Fall von politischer Selbstüberschätzung dar. Der Prinz besaß kaum echtes Wissen um Deutschlands militärische und politische Lage. Dafür aber die Illusion eines – gewissermaßen – *gefühlten* Verstehens der Großen Politik. Und den übertriebenen Optimismus, durch den Einsatz seiner speziellen Persönlichkeit große politische Ziele erreichen zu können. Was ihn darüber hinaus in den öffentlichen Raum trieb, war der sehnliche Wunsch, sich endlich einmal auszuzeichnen, nachdem er in seiner Eigenschaft als General im Kriegsdienst katastrophal versagt hatte. Dabei profitierte er von dem sozialen Kapital an politischen „Freunden“ und anderen Förderern, die sich seit Sommer 1917 um seine illustre Persönlichkeit geschart hatten.

Ende August 1918 hatte er sich persönlich bei Ludendorff und Wilhelm II. um eine Führungsrolle beworben. Nicht zuletzt mit der Selbst-Referenz, er könne der Entente mit der internationalen Reputation seiner Persönlichkeit noch einen halbwegs verträglichen Verhandlungsfrieden abringen und die Parlamentarisierung des deutschen Regierungssystems mit dem Chrisma, aber auch dem Karma seiner Führungsqualitäten aufhalten. Ändern wollte er nicht die politische Ordnung; ändern wollte er das politische Ambiente des Machtstaates. Mit neuem Führungspersonal und neuem Politikstil sollte es sein Bewenden haben, aber natürlich volksfreundlicher. Ein kosmetischer Wandel des politischen Gesichts Deutschlands – damit glaubte er, dem Kaiserreich wieder mehr Vertrauen einwerben zu können, im Innern wie nach außen.

In der Umsetzung stand Max freilich vor einer Quadratur des Kreises: Denn er musste nicht allein Kaiser und Oberste Heeresleitung hinter sich bringen, also die Säulen der Autokratie. Er musste auch die nötige Reichstagsmehrheit für sich gewinnen – also diejenige Kraft, die er eigentlich als politischen Bestimmungsfaktor ausschalten wollte. Denn er war ein erklärter Feind der parlamentarischen Demokratie. Weder Wilhelm II. noch die OHL hatten zunächst von einem Reichskanzler Max von Baden etwas wissen wollen. Ganz im Gegenteil. Dass er am 1. Oktober dann doch designiert wurde, geht maßgeblich auf eine Panikhandlung Ludendorffs zurück, der den Prinzen beim Kaiser mit Brachialgewalt durchdrückte: Nur ein sofortiges Waffenstillstandsgesuch beim US-Präsident könne jetzt noch die militärische Katastrophe abwenden. Und das bedürfe der Unterschrift eines vorzeigbaren neuen Regierungschefs, wofür im Augenblick allein Max von Baden zur Verfügung stehe. In Berlin musste der nun endlich offiziell Gerufene sofort feststellen, dass ein politischer Gestaltungsspielraum für ihn nicht existierte. Er sollte nicht führen,

diplomatisch verhandeln, wegweisende Reden halten; man wollte sich seiner bedienen. Dabei hatten sich so große öffentliche Erwartungen an seine Kanzlerschaft geheftet.

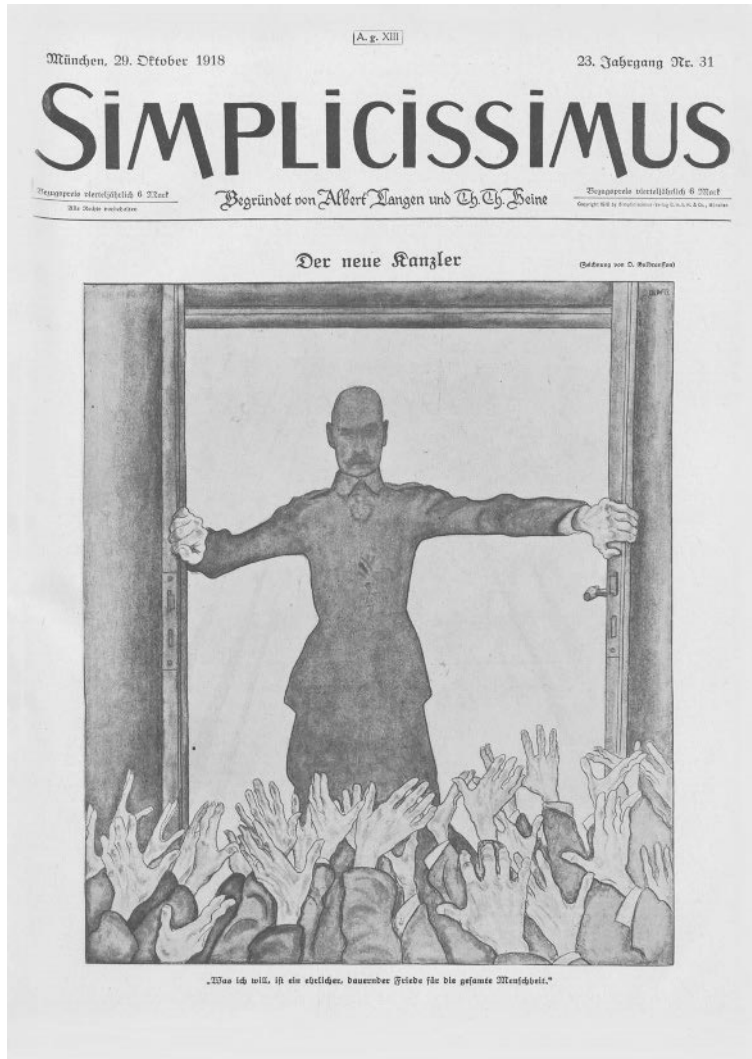


Abb. 1: „Der neue Kanzler“²

- 2 In: *Simplicissimus*, 23 (1918), Nr. 31. Bildunterschrift: „Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit.“

Der Wechsel von dem schönggeistigen kontemplativen Feld seines prinzlichen Daseins in das Kampffeld der Politik hätte drastischer nicht ausfallen können. Mit dem Mut andauernder Verzweiflung hat der Kanzler ohne Macht in den nächsten Wochen versucht, aus dieser Zwangslage herauszukommen. Die Mittel, die er dabei anwandte, waren speziell. Stichwortartig seien hier die drei wichtigsten genannt: 1) Auslagerung der regierungspolitischen Kernfragen aus Kabinett und Bürokratie in einen informellen Beraterkreis. 2) Einflößen von Selbstvertrauen in seine staatsretende Rolle durch Selbstverklärung und die Einnahme von Psychopharmaka. 3) Innerliches und informelles Abrücken vom offiziellen Kurs seiner Regierung.

Außerdem hielt er an der Vorstellung fest, den deutschen Kaiserthron seinem Vetter Wilhelm II. tatsächlich erhalten zu können – in Missachtung der öffentlichen Meinung und der klugen Ratschläge aufrichtiger Monarchisten. Sein politisches Heil suchte er in dem Plan, die Monarchie mit Unterstützung der MSPD zu retten. In Gestalt einer Doppelstrategie: Er legte Wilhelm II. auf Reformen der Reichsverfassung – zumindest verbal – fest, während er seine Kabinettsmitglieder zur Loyalität gegenüber dem von Haus aus *antidemokratischen* Staatsoberhaupt verpflichtete. Doch nach der dritten Wilson-Note gab es in der politischen Klasse keinen Zweifel mehr daran, dass man einen Reichsverweser benötigte, also eine Art Ersatzkaiser, um die deutsche Monarchie noch zu erhalten. Gehandelt wurde vor allem: Reichskanzler Max von Baden. Der aber wollte unbedingt dem Kaiser, seinem Vetter, die Initiative zu dessen Abdankung zuspieren. Zugleich musste er Wilson demonstrieren, dass seine Regierung politikfähig war. Dieser Machtbeweis wurde auch angetreten: durch die verfassungsmäßige Einschränkung der kaiserlichen Kommandogewalt und durch die Entlassung von Ludendorff. Freilich merkte man diesen Maßnahmen nur zu deutlich an, dass sie von außen erzwungen waren. Und mit seinem Bemühen, den Reichsmonarchen selbst zum *spiritus rector* eines solchen Revirements zu stilisieren, hat Max sich gänzlich um den politischen Effekt seiner Taten gebracht und – die Überlebenschancen des Kaiserreiches eher verringert. Denn Ende Oktober 1918 führte kein Weg mehr an der Einsicht vorbei, dass auch das Image der Berliner Reichsleitung nur mehr durch einen sofortigen Thronwechsel vor weiterem Schaden zu bewahren war. Doch erst am 29. Oktober mochte sich der deutsche Reichskanzler überhaupt zur Notwendigkeit einer Abdankung von Kaiser und Kronprinz bekennen. Das war, nachdem Wilhelm II. bei Nacht und Nebel aus Potsdam ins Große Hauptquartier nach Belgien geflohen war, um unter den Fittichen Hindenburgs Schutz vor regierungspolitischen Zudringlichkeiten zu suchen. Eine unerhörte Provokation des politischen Berlins. Bei auch nur etwas Machtbewusstsein hätte Max von Baden den flüchtigen Kaiser am kommenden Tag für abgedankt erklären müssen und können – wegen Regierungsunfähigkeit und Pflichtverletzung. Durch eine solche Überrumpelung hätte er seinen Vetter vor vollendete Tatsachen gestellt und das Heft des Handelns in die Hand bekommen. Stattdessen weigerte der Kanzler sich weiterhin, den Thronverzicht zu erzwingen – obwohl er ihn wollte. Aus diesem selbstverschuldeten Teufelskreislauf sollte er nicht mehr herausfinden. Es war vor allem diese Blockierung eines rationalen Krisenmanagements durch Max von Baden, die dann in den nächsten Tagen zum Einsturz monarchischer Macht schlechthin führte. Denn nur so konnte sich das persönliche

Versagen Wilhelms II. zu einem *Staatsversagen* auswachsen. Mithineinspielende Rücksichten monarchistisch-dynastischer Art machten das Dilemma perfekt.

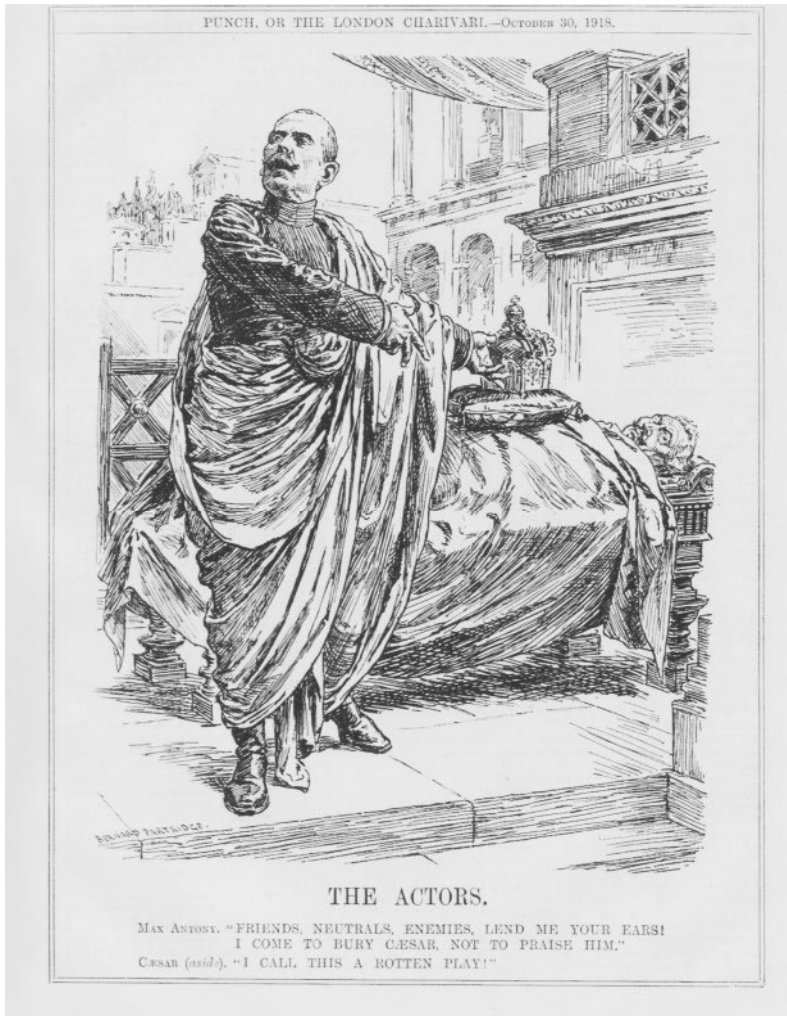


Abb. 2: „The Actors“³

3 In: Punch, or the London Charivari, Vol. CLV (July–December 1918), S. 285. Bildunterschrift: „Max Antony. ‚Friends, neutrals, enemies, lend me your ears! I come to bury Caesar, not to praise him.‘ Caesar (aside). ‚I call this a rotten play!‘“

2.2 Friedrich Ebert

Dass Ebert zum wichtigsten Weggefährten des Prinzen Max wurde, kam nicht von ungefähr. Denn vier zentrale Faktoren haben im Herbst 1918 Eberts Handeln bestimmt: sein Vernunft-Monarchismus, sein „Eheversprechen“ gegenüber Max von Baden, seine Bolschewismus-Furcht und nicht zuletzt sein aufrichtiges Verantwortungsgefühl gegenüber dem Vaterland. Ebert war Patriot, aber nicht weniger Sozialdemokrat. Sein politisches Ziel blieb der evolutionäre Weg zum parlamentarisch demokratischen Volksstaat. Dabei vertraute er auf die andauernde Stabilität der monarchischen Ordnung. Wenn schon Revolution, dann nur eine staatlich gesteuerte, eine obrigkeitliche sozusagen. Dafür musste aber dem rasenden Imageverfall der Institution Monarchie entgegengewirkt werden. Mit Kaiser Wilhelm an der Staatsspitze befürchtete Ebert zu recht einen weiteren Verfall der Staatsautorität.

Eine geheime Begegnung zwischen Ebert und Max von Baden Mitte September eröffnete ersterem die ungeahnte Chance, mit einem offenbar aufgeschlossenen Vertreter des alten Herrschaftssystems gemeinsame Sache zu machen, ohne sich dabei allzu viel zu vergeben. Ein informelles Schutz- und Trutzbündnis kam zustande mit der Zielsetzung: 1) die Kanzlerschaft des Prinzen zu unterstützen, der dafür mit dem Parlament zusammenzuarbeiten versprach; 2) mit Scheidemann einen führenden Sozialdemokraten in der Regierung zu etablieren, dessen Ernennung die Fähigkeit der früheren Vaterlandsfeinde zu konstruktiver Staatspolitik ein für alle Mal sanktionierte; 3) die nationale Front gegen einen ‚Frieden um jeden Preis‘ zu stärken. Für diesen guten Draht zwischen dem Vorsitzenden der stärksten Partei des deutschen Reichstags und einem Kanzler der vielleicht ungeahnten Möglichkeiten aus dem Establishment zeigte sich Ebert bereit, den Vertrauenskredit, den seine Partei noch in der Arbeiterschaft hatte, der neuen Reichsleitung zur Verfügung zu stellen.

Eberts entschiedene Befürwortung einer sozialdemokratischen Regierungseteiligung war hauptsächlich von der Sorge diktiert, das Kaiserreich würde einen weiteren Verlust an Vertrauen in seine Staatsregierung nicht mehr verkraften. In dieser Notlage sah er seine Partei in der Pflicht, einen tatsächlich selbstlosen Beitrag zur Festigung der politischen Ordnung zu leisten: durch eine Art Bürgschaft für den gedeihlichen Fortgang der Regierungsgeschäfte. Dafür bedurfte es einer vollstreckenden Gewalt, die man dem Volk als vertrauenswürdig hinstellen konnte. Deshalb wurde für die *Regierung Max von Baden* eigens der Begriff Volksregierung erfunden – ein Begriff, der politische Erwartungen wecken sollte. Erwartungen, die man freilich politisch nicht bedienen konnte, weil Ebert dem neuen Regierungschef gar kein einklagbares Demokratie-Versprechen abgerungen hatte, als er sich ihm an die Seite stellte. Unbeschadet der Tatsache, dass die alten Gewalten in Deutschland Anfang Oktober 1918 immer noch die entscheidenden Machtstellungen innehatten – und, dass sie dem Verfall geweiht waren. Denn ihre Autorität war im Volk längst untergraben.

Einen Mangel an Verantwortungsgefühl kann man Ebert gewiss nicht nachsagen, aber einen Mangel an eigenen gestalterischen Ideen. Obwohl seiner Partei gleichsam über Nacht ein enormer politischer Machtzuwachs beschert worden war,

hat Ebert es versäumt, die sich daraus ergebenden Handlungschancen operativ zu nutzen. Er blieb Gefangener seines unbedingten Willens zum Erhalt des bestehenden Staates. Und fixiert auf seine Annahmen über die unzureichenden Fähigkeiten des eigenen Volkes zur Selbstherrschaft. Die Errichtung einer politischen Ordnung, in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des souveränen Volkes ruhte, lag außerhalb seines Horizonts, und auch des konkreten Strebens seiner Parteiführung. Oberste Priorität hatte für Ebert (wie übrigens auch für Max) die Reanimation des Burgfriedens von 1914. Der von Kapitulations- und Revolutionsfurcht geplagte Parteiführer wollte das Kaiserreich nicht untergehen lassen. Und er glaubte fest daran, dass es gelingen könnte, staatliche Tradition und demokratische Erneuerung miteinander zu versöhnen. Nach Aufhebung einiger Schranken für die Entfaltung von mehr Demokratie – so seine Überlegung – hätten die Arbeiter jetzt ein Vaterland im besten Sinne des Wortes zu verteidigen.

So nachvollziehbar dieses Projekt auch war, alternativlos war es nicht; auch nicht moralisch zwingend. Aber für Ebert waren Alternativen damals tatsächlich ausgeschlossen. Zum einen, weil er die heillose Vermorschung des Bismarckschen Staatsgefüges nicht wahrhaben wollte. Zweitens, weil er das Risiko eines politischen Konfrontationskurses weit mehr scheute als den Ansehensverlust seiner Partei durch die Konnivenz gegenüber einem Regime, das sich *als solches* überlebt hatte und immer noch bleiern auf die politische Kultur des Landes drückte. Und drittens, weil er die ganze Dimension der übernommenen Aufgabe nicht durchdacht hatte. Dafür war er zu wenig Analyst der politischen Strömungen in Deutschland. So ist im Oktober 1918 ein prinzipiell möglicher Politikwechsel unterblieben. Mit nachhaltiger Kollateralwirkung. Denn schon bald sollte sich zeigen: eine echte Machtoption war die Ebertsche Selbstbindung an die Regierung Max von Baden nicht; ein erfolgversprechender Weg zu einem erträglichen Frieden auch nicht. Zwar hatte sich die organisierte Arbeiterbewegung jetzt mit nachgerade historischer Wucht in den Kern des politischen Systems geschwungen, aber gestaltungsbildend einzugreifen in die Agenda des Politikmachens, das vermochte sie selbst jetzt kaum. Letztlich hat dieses Bündnis nur dazu beigetragen, den Zerfallsprozess des Bismarckreiches für ein paar Wochen zu entschleunigen.

Bis November 1918 stand Ebert zwischen den eher revolutionären Ambitionen der Straße und dem letzten politischen Aufgebot des Kaiserreichs. Irrig war seine Annahme, die Regierung Max von Baden würde sich tatsächlich über kurz oder lang als *Volksregierung* im öffentlichen Bewusstsein verankern. Nach 10 Tagen Mitregieren hatte die MSPD bereits die politische Deutungshoheit über die Lage verloren: zum einen an US-Präsident Wilson, zum andern an die USPD. Und an die normative Kraft des Faktischen: Die Demokratie *war* für die breite Öffentlichkeit in Deutschland keine massenhaft erfahrbare Wirklichkeit geworden. Sie blieb ein mehr oder weniger leeres Versprechen. Während Ebert noch Ende Oktober im Reichstag den Regierungsantritt des Prinzen Max als „Geburtstag der deutschen Demokratie“ feierte, war die reale Politikgeschichte schon längst vorangeeilt, ja zum Showdown geworden. Und je mehr die MSPD-Propaganda den Regierungswechsel zum Regime-Wechsel überhöhte, umso leichteres Spiel hatte die USPD,